

Alle Arbeitsinspektorate

Mag.a Dr.in iur. Alexandra Marx
Sachbearbeiterin

per E-Mail

Alexandra.Marx@sozialministerium.at
+43 1 711 00-630600
Postanschrift:
Untere Donaustraße 13-15, 1020 Wien

Favoritenstraße 7, 1040 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.237.699

Ausnahmen von der VO (EG) 561/2006, neuer Erlass des BMK

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das BMK hat zu Ausnahmen von der VO (EG) 561/2006 einen neuen Erlass versendet, der ab 11. April 2020 wirksam wurde und voraussichtlich – nach Zustimmung der EK – bis 31. Mai 2020 gelten soll. Das nun zulässige Ausmaß findet sich im beiliegenden Erlass. Der alte Erlass des BMK wurde mit 10. April aufgehoben.

Wir schließen uns der Ansicht des BMK an, wonach die Anwendung der Ausnahmeregelung des Art. 14 VO (EG) 561/2006 im eingeschränkteren Ausmaß gerechtfertigt ist.

Erlass des BMK

16. April 2020

Für die Bundesministerin:

Mag.a Dr.in iur. Anna Ritzberger-Moser

Elektronisch gefertigt

An

1. alle Landeshauptleute
2. Bundesministerium für Inneres
3. Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend

Geschäftszahl: 2020-0.232.275

Wien, am 10. April 2020

Erlass betreffend Einschränkung der Ausnahmen von den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 hinsichtlich der Lenk- und Ruhezeiten für Fahrzeuge, die angesichts der „Corona Krise“ unter außergewöhnlichen Umständen eingesetzt werden

Sehr geehrte Damen und Herren!

Angesichts der gegebenen Umstände wird der Erlass vom 20. März 2020, Geschäftszahl 2020-0.191.650, mit Ablauf des 10.4.2020 aufgehoben und **mit Wirksamkeit ab 11.4.2020** werden die Ausnahmen von den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 wie folgt festgelegt:

- Ausnahme von Art. 6 Abs. 1:
Die tägliche Lenkzeit darf 11 Stunden nicht überschreiten.
- Ausnahme von Art. 6 Abs. 2:
Die wöchentliche Lenkzeit darf 60 Stunden nicht überschreiten.
- Ausnahme von Art. 6 Abs. 3:
Die summierte Gesamtlenkzeit während zweier aufeinander folgender Wochen darf 100 Stunden nicht überschreiten.

Die im bisherigen Erlass festgelegten Ausnahmen von der Fahrtunterbrechung und von den Ruhezeiten werden gestrichen und es gelten diesbezüglich wieder die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 561/2006.

Diese Neuregelung der Ausnahmen gilt weiterhin für nationale und internationale Transporte. Die Ausnahmen sind erforderlich, um die infolge der „Corona-Krise“ entstandenen Engpässe zu beseitigen bzw. die allgemeine Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaftsbetriebe weiterhin aufrecht zu erhalten.

Diese Regelung ist vorerst weiterhin auf die Ausnahmemöglichkeit des Art. 14 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 gestützt und gilt somit vorerst bis 14.4.2020 (vorübergehende Ausnahmen der MS auf dieser Grundlage sind nur für einen Zeitraum von höchstens 30 Tagen zulässig).

Gemäß Art. 14 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 können die Mitgliedstaaten **nach Genehmigung durch die Kommission** Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 9 für unter außer- gewöhnlichen Umständen durchgeführte Beförderungen auch für einen über 30 Tage hinausreichenden Zeitraum zulassen, sofern die Verwirklichung der in Artikel 1 der VO (EG) Nr. 561/2006 genannten Ziele nicht beeinträchtigt wird.

Vorbehaltlich der für 13. oder 14.4.2020 erwarteten Zustimmung der Kommission wird diese Regelung ab 15.4.2020 auf den Ausnahmetatbestand des Art 14 Abs. 1 der genannten EU- Verordnung gestützt und gilt dann **bis 31.5.2020**.

Für die Bundesministerin:

Dr. Wilhelm Kast